

# Riesauer Tageblatt



Druckanstalt  
Tageblatt Riesa,  
Bernau Nr. 20,  
Postfach Nr. 52

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:  
Rresden 1880,  
Strohkasse:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 228.

Mittwoch, 28. September 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2,14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschreibfläche (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamefläche 100 Gold-Pfennige; zelttaubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irrtümlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Notationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Der Reichskanzler vor dem Untersuchungsausschuß. Keine wirkliche Entscheidung der umstrittenen Frage. Der Reichskanzler antwortet Herriot.

Berlin. Die Dienstag-Sitzung des Ueberwachungs-ausschusses des Reichstages fand unter starkem Andrang der Öffentlichkeit statt. Sämtliche Zuhörerarten waren schon am Tage vorher vergriffen. Die Kommunisten machten zu Beginn der Sitzung den Versuch, eine Umstellung der Tagesordnung zu erreichen mit dem Ziele, statt der Zeugenvernehmung in Gegenwart des Reichskanzlers eine politische Auseinandersetzung zu führen. Wegen der kommunistischen Stimmen wurde diese Forderung aber vom Ausschuss abgelehnt.

Der Ausschuss begann dann die Zeugenvernehmung des Reichskanzlers von Papen. Der Kanzler gab zunächst eine Schilderung des Verlaufs der Reichstags-Sitzung. Der Reichstagspräsident habe am Schluß der ersten Sitzung nicht festgestellt, daß durch das Unterbleiben des Einspruchs der kommunistische Antrag auf Verrückung der Tagesordnung angenommen sei. Nach Wiedereröffnung der Sitzung sei er deshalb der Meinung gewesen, daß der Reichstagspräsident zunächst formell über den Antrag Torgler noch einmal abstimmen lassen würde. Aus der Redewendung des Reichstagspräsidenten „da sich Widerspruch nicht erhoben hat“, habe er aber sofort gemerkt, daß es sich bereits um den materiellen Antrag handele. Daraufhin habe er sich erhoben und um das Wort gebeten. Der Reichstagspräsident habe eine abweichende Weise gemacht und nach seiner Erinnerung gesagt: „Zu spät, wir sind in der Abstimmung“. Der Reichskanzler erklärte, er sei nicht nur aufgestanden, sondern habe auch gesagt: „Ich bitte ums Wort“. Aber er nehme an, daß dies in der Unruhe des Hauses nicht verstanden worden sei.

Es wurde dann eine umfangreiche Verlesung des Reichskanzlers ein. Entgegen anderen Behauptungen erklärte der Kanzler, daß er das Wort „amtlich“ überhaupt nicht gebraucht habe. Die Frage, warum er nicht in der Pause schon seine Wortmeldung eingereicht habe, erwiderte der Kanzler damit, er habe gar keinen Zweifel gehabt, daß alles programmäßig verlaufen würde. Wenige Tage vor der Sitzung habe der Reichstagspräsident ihm gesagt, er werde für eine ordnungsmäßige Durchführung der Debatte sorgen. Ausdrücklich betonte der Kanzler, daß nach seiner Auffassung im Zeitpunkt der Wortmeldung die Abstimmung noch nicht begonnen habe. Die Abstimmung sei rechtsanfällig, da sie erfolgte, nachdem das Auflösungsdekret dem Hause zugestellt war.

Der Kanzler erklärte weiter, daß überhaupt von vornherein nicht die Absicht der Auflösung bestanden habe, da man immer noch die Hoffnung hegte, daß trotz der scharfen Gegensätze in der Aussprache doch noch ein modus vivendi zwischen Reichstag und Regierung zustandekommen würde. Er habe auch nicht die Absicht gehabt, bei Wiederbeginn der Sitzung sofort aufzutreten, da er annahm, daß der Reichstagspräsident dem Chef der Regierung auf jeden Fall die Möglichkeit zur Regierungserklärung geben würde. In seinem Parlament der Welt sei es bisher passiert, daß eine Opposition nicht einmal die Regierung zum Worte kommen lasse. Darüber habe er allerdings nie einen Zweifel gelassen, daß die Regierung den Reichstag auflösen würde, falls über die Aufhebung der Notverordnungen oder über einen Mißtrauensantrag abgestimmt würde.

Reichstagspräsident Göring wies darauf hin, daß nur das Mikrophon am Regierungstisch eingeschaltet war. Trotzdem sei seine Stimme auf der Platte festgehalten. Wenn der Kanzler auch nur einigermaßen deutlich gesagt hätte, daß er ums Wort bitte, dann müßte dafür wenigstens irgend eine Andeutung auf der Platte sein.

Die Frage, wann die Auflösungsorder unterzeichnet worden sei, wurde vom Kanzler nicht beantwortet. Er erklärte, das Reichskabinet habe ihn lediglich ermächtigt, über die Dinge auszusagen, die zum Untersuchungsthema gehören.

Es kam dann zu einem kleinen Zwischenfall. Als der sozialdemokratische Abg. Dr. Döggner fragte, ob der Reichskanzler wisse, wer den Nationalsozialisten diese angeblich positiven Nachrichten über die Absicht einer sofortigen Auflösung überbracht habe, rief der nationalsozialistische Abg. Dr. Frank: Entlastungs-offensive der Sozialdemokraten für Herrn von Papen. Dr. Döggner erwiderte, der Ausschuss habe nicht zu belästigen und zu entlasten, sondern die Wahrheit zu erforschen, woraus von den Nationalsozialisten der Jurist erdachte: „Sozialbarone!“ Vor. Lobe erteilte dafür einen Ordnungsruf.

Zu den Ereignissen im Kabinettsrat und dem angekündigten Widerspruch im Plenum erklärte der deutschnationale Abg. Dr. Oberjohren, daß der Kabinettsrat keine Beschlüsse lasse, und er es auch gar nicht nötig habe, derartigen Abmachungen Folge zu leisten. In der Zielsetzung seiner Partei und seiner Person habe die Auflösung des Reichstages gelegen. Diese habe er erreicht, und wenn die Nationalsozialisten ihm dabei dienlich gewesen seien, so sei das ihre Sache. Diese Erklärung rief im Ausschuss lebhafteste Bewegung hervor.

Der Kanzler wurde dann von den Nationalsozialisten gefragt, ob er künftig, nachdem die Rechtslage jetzt für ihn

klar sei, vor dem Ueberwachungs-ausschuß erscheinen werde. Die Antwort des Kanzlers blieb in dem großen Saal unverstanden. In der Nähe des Reichskanzlers sitzende Parlamentarier wollten den Reichskanzler dahin verstanden haben, daß er auf diese Frage nicht antworten wolle, weil sie nicht zum Beweissthema gehöre. Ebenso lehnte der Kanzler ab, die Aufhebung einer Notverordnung zu verweigern, mit den verfassungsmäßigen Rechten des Reichstages in Einklang bringen könne.

Als nächster Zeuge wurde Reichsinnenminister Freiherr v. Papen vernommen. Nach seiner Erinnerung hat sich der Kanzler zum Wort gemeldet, als der Reichstagspräsident sagte: Wir kommen nun zur Abstimmung. Daß der Reichskanzler dem Kanzler vorher angetreten hat, hat der Minister nicht bemerkt. Er wollte aber nicht aufspringen und ist an einem Schloßel dabei hängen geblieben. Auch an diesen Zeugen wurde die Frage gestellt, ob die Reichstagsauflösung, ehe der Reichstag von seinen verfassungsmäßigen Rechten Gebrauch gemacht hat, mit der Verfassung in Einklang zu bringen sei. Unter lebhafter Geisterfeier bejahte der Innenminister diese Frage.

Der Staatssekretär der Reichskanzlei Dr. Pfand wird deutlich gehört haben, daß der Kanzler schon bei der ersten Wortmeldung sagte: Ich bitte ums Wort.

Reichstagspräsident Göring verwies demgegenüber auf die Schallplatte und hielt derartige Behauptungen des Zeugen für ganz unmöglich. Er beantragte, nötigenfalls im Plenarsaal einen Vorkalender abzuhalten. Den Umständen, daß die Schallplatte die Wortmeldung nicht aufgenommen hat, erklärte der Zeuge damit, daß der Reichskanzler mit dem Rücken zum Plenum gestanden habe. Auf eine Frage Görings, ob von der Reichskanzlei aus der Wunsch ergangen sei, die Schallplatte zu vernichten, erwiderte der Zeuge, daß ihm davon nichts bekannt sei.

Es wurden dann noch zahlreiche Journalisten und Tribünenbesucher als Zeugen vernommen, ohne daß sich noch wesentlich Neues daraus ergeben hätte. Die Beweis-aufnahme wurde darauf geschlossen.

### Die Feststellungen des Untersuchungsausschusses

Nach der Pause trat der Ueberwachungs-ausschuß in später Stunde noch in die Beweiswürdigung ein. Aussprache und Beschlußfassung fanden in nichtöffentlicher Sitzung statt.

Das wichtigste Ergebnis dürften die Bestimmungen über die Rechts-wirksamkeit der am 12. September im Reichstag vorgenommenen Bestimmungen sein. Die Kommunisten beantragten einen Beschluß, daß die Reichstags-Abstimmungen über die Mißtrauensanträge und über die Aufhebung der Notverordnungen rechts-wirksam seien. Für diesen Antrag stimmten nur die Kommunisten, Deutschnationale, Zentrum, Bayerische Volkspartei und Sozialdemokraten stimmten dagegen, die Nationalsozialisten enthielten sich der Stimme. In der vorangegangenen Aussprache hatte Dr. Frank für die Nationalsozialisten diese Haltung damit begründet, daß der Ausschuss bereits früher die Rechts-wirksamkeit der Plenar-

Abstimmungen festgestellt habe und daß es nach seiner Auffassung keinen Zweck habe, früher gefasste Beschlüsse zu wiederholen. Die Sozialdemokraten hatten zu der gleichen Angelegenheit einen Antrag eingebracht, daß die Reichstagsauflösung im Augenblick der Uebergabe der Urkunde rechts-wirksam sei und infolgedessen die Abstimmungen rechts-wirksam seien. Für diesen Antrag stimmten außer den Sozialdemokraten die Deutschnationalen, das Zentrum und die Bayerische Volkspartei, während die Nationalsozialisten und Kommunisten dagegen stimmten. Auch dieser Antrag wurde daher abgelehnt. In der Frage der Rechts-wirksamkeit der Reichstags-Abstimmungen, die den Hauptstreitpunkt zwischen Regierung und Reichstag bilden, hat also der Ueberwachungs-ausschuß in seiner Eigenschaft als Untersuchungsausschuß einen neuen Beschluß nicht gefaßt.

Im übrigen wurde ein deutschnationaler Antrag abgelehnt, wonach die zur Rechts- und Tatsachenlage von der Regierung abgegebenen Erklärungen durch die Feststellungen des Ausschusses als richtig erwiesen seien.

Mit den Stimmen der Nationalsozialisten, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei wurde ein nationalsozialistischer Feststellungsantrag angenommen, der besagt, daß sich der Reichskanzler erst zum Wort gemeldet hat, nachdem die Abstimmung vom Reichstagspräsidenten bereits eröffnet worden war. Das Verhalten des Reichstagspräsidenten habe sowohl der Reichsverfassung wie der Geschäftsordnung des Reichstages entsprochen. Aus den Ausführungen des Kanzlers als Zeuge ergebe sich für den Ausschuss die Feststellung, daß die Reichsregierung unter allen Umständen entschlossen war, den Reichstag nach vor der Abstimmung über Notverordnungen und Mißtrauensanträge aufzulösen.

In der gleichen Richtung wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, wonach es Absicht des Reichskanzlers war, seine Regierungserklärung abzugeben und die Debatte stattfinden zu lassen, aber vor einer Abstimmung den Reichstag aufzulösen. Schließlich wurde noch ein sozialdemokratischer Antrag gebilligt, wonach der Ausschuss unbeschadet dieser Feststellungen an der Auffassung festhält, daß die Auflösung des Reichstages dem Sinn und Geist der Reichsverfassung widerspricht.

Mit den Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten wurde die Aufhebung der Notverordnung über Sondergerichte und der bisher verhängten Urteile beschlossen, mit den gleichen Stimmen und denen der Sozialdemokraten auch die Aufhebung der Notverordnung zur Behebung der Wirtschaft. Alle auf Grund der Verordnung bereits getroffenen Maßnahmen sollen zurückgezogen werden. Ebenso wurde beschlossen, daß die Reichsregierung unverzüglich vor dem Ueberwachungs-ausschuß zu erscheinen habe. Das Zentrum enthielt sich bei allen diesen Abstimmungen der Stimme, weil nach seiner Auffassung der Ausschuss nicht das Recht habe, Notverordnungen aufzuheben.

Ein Termin für eine neue Ausschusssitzung wurde nicht festgesetzt.

## Vollversammlung des Völkerbundes.

### Geringe Beteiligung an der Genfer politischen Aussprache.

\* Genf. Auf der Völkerbundversammlung war der gefragte Vormittag hauptsächlich den vorbereitenden Kommissionsarbeiten gewidmet. Deutschland ist in den verschiedenen Kommissionen vertreten.

Am Nachmittag fand eine öffentliche Vollversammlung statt, in der der Präsident zunächst mitteilte, daß Polen seine Wiederwählbarkeit in den Völkerbundrat für die nächsten drei Jahre erneut beantragt hat. Der deutsche Antrag, die Wiederwählbarkeit dem politischen Ausschuss zur Behandlung zu überweisen, wurde angenommen. Die Vollversammlung begann sodann mit der politischen Aussprache. Von den großen europäischen Staaten hat bis jetzt niemand das Wort ergriffen. Die politische Aussprache soll bereits heute beendet werden.

Der Völkerbundrat hat einen Appell an Bolivien und Paraguay gerichtet und die beiden Staaten aufgefordert, die Feindseligkeiten einzustellen.

### Ergebnislose Unterredung Neurath—Genderson.

\* Genf. Die Zusammenkunft zwischen Neurath und Genderson fand in den frühen Abendstunden statt. Von

deutscher Seite wird darüber lediglich mitgeteilt, daß sie keine Veränderung der Lage ergeben habe. Genderson hat den deutschen Außenminister über seine bisherigen Besprechungen — insbesondere mit dem französischen Ministerpräsidenten — unterrichtet. Irigendwelche Schritte in der Richtung einer Zusammenkunft zwischen Neurath und Genderson sind bisher noch auf keiner Seite eingeleitet worden. Aus den Mitteilungen, die Genderson dem deutschen Außenminister gemacht hat, geht hervor, daß gegenwärtig weder auf englischer noch auf französischer Seite ein für Deutschland in irgendeiner Richtung annehmbarer Plan vorliegt. Es besteht allgemein der Eindruck, daß die diplomatischen Besprechungen nunmehr endgültig ins Stocken geraten sind. Reichsaussenminister von Neurath beabsichtigt vorläufig, bereits am Mittwoch abend abzureisen. Herriot will, wie verlautet, am Donnerstag abend Genf verlassen.

### Der Reichsaussenminister verläßt Genf.

\* Genf. (Frankfurt.) Reichsaussenminister Freiherr von Neurath hat seine Abreise nach Berlin für heute abend in bestimmter Aussicht genommen. An der Vollversammlung der Völkerbundversammlung, die heute die allgemeine Aussprache fortsetzt, nimmt Freiherr von Neurath noch teil. Ueber eine etwaige Rückkehr des Außenministers nach Genf sind vorläufig noch keine Dispositionen getroffen.





# Öffentliche Gemeindevorordneten-Sitzung zu Riesa am 26. September 1932.

Das Kollegium nahm zunächst davon Kenntnis, daß die vorgenommene Sammlung für die Hochwassererschädigten in der Summe einen Betrag von 2265 RM. ergeben hat.  
Die Gemeindevorordneten über die Änderung des Ortsstatutes über Gemeindevorordnungen in der Weise, daß für die Gemeindevorordnungen die jeweiligen Bestimmungen der Gemeindevorordnung und der Gemeindevorordnung maßgebend sind, wurde einstimmig angenommen.  
Weiter nahm das Kollegium Kenntnis von der Vorlage 35 des Gemeindevorordnungs, in welcher mitgeteilt wurde, daß die Aufsichtsbehörde einen 20prozentigen Bürgerneuzuschlag im Wege des Zwangsvollzugs angeordnet hat.  
Das Kollegium stimmte einer Mehrforderung für das Land für die Handhabung in Höhe von 10 Pfg. pro Quadratmeter einmütig zu. Bei dieser Gelegenheit erfolgte eine Aussprache über den gegenwärtigen Stand des Handhabungsprojektes, insbesondere nahm das Kollegium mit größtem Interesse davon Kenntnis, daß der Bezirksverband es abgelehnt habe, die Trägerschaft für die Handhabung zu übernehmen. Durch die Ablehnung der Trägerschaft mußte ein neuer Träger des Verfahrens gesucht werden, der in der Landesfiedlungs-Gesellschaft Sächs. Heim gefunden worden ist.  
Hierauf fand die Haushaltsplanberatung statt. Die einzelnen Kapitel des Haushaltsplanes wurden eingehend durchberaten. Die zum Haushaltsplan aufgestellte Vorlage 36 des Gemeindevorordnungs, die einen erheblichen Umfang aufwies und die alle mit dem Haushaltsplan zusammenhängenden Fragen behandelte, wurde zunächst zur Kenntnis genommen. Der vom Verwaltungsausschuß vorbereitete ordentliche Haushaltsplan schloß mit einer Einnahme von 252.367,99 RM. und einer Ausgabe von 262.367,99 RM. ab, so daß ein ungedeckter Defizitbetrag von 10.000 RM. vorhanden ist. Der außerordentliche Haushaltsplan schloß ab mit einer Einnahme von 15.500 und mit einer Ausgabe von 29.500 RM., so daß hier ein Defizitbetrag von 14.000 RM. besteht. Über verschiedene Kapitel erfolgte eine eingehende Aussprache, in der auch die in der Vorlage bezeichneten mit dem Haushaltsplan zusammenhängenden Angelegenheiten behandelt wurden. Vor der endgültigen Verabschiedung des Haushaltsplanes beantragte Herr Gemeindevorordneter Leibnitz, den Gemeindevorordnerten eine Vermögensübersicht der Gemeinde in schriftlicher Form anzustellen. Über die rechtliche Zulässigkeit einer solchen Maßnahme erfolgte eine Aus-

sprache. Die bürgerliche Fraktion wollte schließlich durch ihre Zustimmung zu dem Haushaltsplan von der Herausgabe einer solchen Vermögensübersicht abhängig machen. Man einigte sich aber schließlich dahin, daß der Gemeindevorordnungsrat die rechtliche Seite der Angelegenheit prüfen und dann entsprechend verfahren wird. Die hierauf vorgenommene Abstimmung ergab die einstimmige Annahme des ordentlichen Haushaltsplanes und die Annahme des außerordentlichen Haushaltsplanes gegen 4 Stimmen der anwesenden bürgerlichen Vertreter. Gemäß Absatz b) der Gemeindevorordnungs-Vorlage wurde weiter einstimmig beschlossen, die bisher erhobenen Steuern, mit Ausnahme der Bürgersteuer, die im Zwangsvollzug angeordnet worden ist, auch im Jahre 1932 zu erheben. Absatz c) der Vorlage, welcher die Dedung der Fehlbeträge im Haushaltsplan behandelt, wurde mit 9 gegen 4 Stimmen angenommen. Einstimmige Annahme fand noch der Absatz d) der Vorlage, welcher den Antrag auf Zubilligung einer Sonderbeihilfe aus dem Lastenausgleichsfond behandelte.  
Nichtöffentlich wurde weiterberaten.

Denmiston aus in der Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten zu beachten seien.

## Polizeibeamtentagung in Chemnitz

Chemnitz, 28. September.  
Die vom Verband Sächsischer Polizeibeamten in Chemnitz abgehaltene Jahrestagung war aus allen Teilen Sachsens gut besucht. Der Hauptversammlung wohnten als Ehrengäste Ministerialrat Schulze vom Innenministerium, Kreisoberhauptmann Dr. Grille-Chemnitz, Oberbürgermeister Arlart-Chemnitz, Polizeipräsident Schwamkrug-Chemnitz und Polizeipräsident Fleißner-Leipzig bei. Der erste Verbandsvorsitzende, Dettloff-Dresden, verlangte, daß man die Polizeibeamten aus dem politischen Kampf herauslassen, sie bei ihrer gefeierten Dienstausübung schützen und ihnen eine ausreichende materielle Sicherstellung gewähren solle; dann würden sie restlos ihre Aufgaben erfüllen können.  
Im Auftrag des sächsischen Innenministers dankte Ministerialrat Schulze allen Polizeibeamten für ihre treuen Dienste und erklärte, daß die Regierung sie gegen jegliche Angriffe schützen wolle. Allen Versuchen, die Polizei politisch zu beeinflussen, werde sich die Regierung energisch entgegenstellen. Auch sei die Regierung entschlossen, die Belange der Beamten in wirtschaftlicher Hinsicht zu wahren, ohne jedoch bestimmte Versprechungen machen zu können.  
Nach mehreren weiteren Ansprachen erstattete Verbandsgeschäftsführer Hoch-Dresden den Jahresbericht, an den sich eine mehrstündige Debatte angeschlossen. Zuletzt wurde eine Reihe von Entschließungen angenommen, in denen u. a. gefordert werden: Beseitigung der Aufzugsbeschränkung, Auflösung der Gendarmerieabteilungen und Verteilung der Beamten auf die einzelnen Amtshauptmannschaften, bessere Besoldung der Polizeibeamten bei Besserung der Finanzlage, Gewährung eines Besoldungsgeldes, Vereinfachung der Uniform, Beseitigung des Schulterriemens und des Seitengewehrs, Ausdehnung der Sonderentschädigungen auf alle Vollzugsbeamten, Schutz vor drohender Ueberalterung der Polizei, Schaffung von Aufstufungsmöglichkeiten, Verstaatlichung der gesamten Vollzugs-polizei in Sachsen einschließlich der Gemeindepolizei und bessere Unfallfürsorge. — Die nächste Verbandstagung soll in Leipzig stattfinden.

## Sächsische Missionskonferenz

Dresden, 25. und 26. September. Der Sächsische Hauptmissionsverein hielt am 25. und 26. September sein 113. Jahresfest in Dresden ab, das mit einem Festgottesdienst in der Domkirche eingeleitet wurde. Missionar Köhler schloß, von Erlebnissen in seiner 30jährigen Missionsstätigkeit ausgehend, die deutsche Mission als Erzieherin der Afrikaner. — Bei der großen öffentlichen Abendversammlung im Vereinshaus sprach Missionsinspektor Braun-Berlin über das Thema „Heidenmission und Nationalsozialismus“. Es handelte sich dabei, wie er betonte, nicht um eine politische Stellungnahme, sondern um eine Beleuchtung vom Standpunkt des Evangeliums, insbesondere der Heidenmission. Aus den Erfahrungen der Mission müsse betont werden, daß auf Reinheit der Rasse geachtet werden müsse. Der Nationalsozialismus bekenne sich in seinem Programm zum positiven Christentum und könne somit auch an der Heidenmissionsfrage nicht vorübergehen. — Im Anschluß sprach Herr Schemm-Bagreb über die Grundtendenzen des Nationalsozialismus. — Im Verlauf einer Arbeitstagung der Missionskonferenz wurde die Frage weiter behandelt, welche Tatsachen und Gesichtspunkte von der Hei-

## Vereinsnachrichten

**Stahlhelm-Frauenbund.** Donnerstag, 29. 9., nachm. 4 Uhr Vorstandssitzung im Stahlhelm-Dein. (Gangang Lindenstraße). Ab 5 Uhr Arbeitsdienst für alle Kameradinnen; Eimer, Schrapper oder Scheuerbürste und Lappen bitte mitbringen.  
**Deutschnationale Volkspartei.** Heute abends 8 Uhr Mitgliederversammlung, Ebertstraße.

**Verein Rennbahn Riesa.** Zur Gründungsversammlung Freitag, den 30. 9., 20 Uhr im Restaurant Dampfbad werden alle interessierten Sportfreunde hiermit eingeladen.  
**Radsportverein „Adler“ Riesa, M. Wolf.** Notarivort-Club Riesa e. V., H. Schlichte.

**Wir ziehen um**  
Donnerstag und Freitag bleibt mein Geschäft wegen Umzug geschlossen.  
**Kurt Zsch, Friseurmeister.**

**Elbschlachtfest**  
Morg. Donnerstag Schlachtfest. Ab 10 Uhr Wellfleisch, abends die üblichen Schlachtgerichte, sowie frische Würst in bezaubernder Wärme. Hieran ladet ein **W. Trebna.**

Von Sonnabend, den 1. 10., ab, steht ein frischer Transport prima **Zucht- und Milchvieh** preiswert zum Verkauf.  
**Arno Fricke, R.-Neugröba**  
Brüdenstraße 2. — Telefon 405.

**Damentaschen**  
teils in den Schaufenstern etwas gelitten sind jetzt in der Theater-Vollage bei Ernst Mittag zu **Spottpreisen** ausgestellt. Für wenig Geld kaufen Sie jetzt die besten Qualitäten.

**Capitol — Stadttheater Riesa**  
Gastspiel des Stadttheaters Döbeln  
Mittwoch, den 5. Oktober 1932, 20 Uhr  
**Werbe-Abend**  
Leonorenouvertüre Nr. 3 von Ludwig van Beethoven, gespielt v. Stadtorchester Döbeln. Gesangsvorträge, Tanzszenen, Rezitationen — danach:  
**Die Brautschau**  
Bauernschwank in einem Aufzuge v. Ludwig Thomas  
Vorverk. ab Donnerstag, den 29. September im Zigarrengeschäft Wittig, Hauptstraße 60, Telefon 445.

Leistungsfähiges Spezialunternehmen sucht in den besten Geschäftslagen von  
**Riesa**  
**Ladenlokale**  
per sofort oder später zu mieten. Angebote mit Preis- u. Größenangabe erbeten unt. K 2639a an das Tageblatt Riesa.

**12% Auf Gero Qualitäts Kaffee**  
Pfund von 220 - 400 Pfg.  
**12% Vom 29. Sept. bis 8. Okt.**  
**12% doppelte Rabattmarken**  
**GERLING & ROCKSTROH**  
Hauptstraße 75

Für neue hervorragende Roman-Zeitschrift werden an allen Orten fleißige und tüchtige **Abonnenenwerber**  
bei hohem Verdienst gesucht. — Anschriften erbeten unter W 2638 an das Tageblatt Riesa.

Habe mich heute in **Zeithain-Lager** als **praktischer Arzt** niedergelassen und die Praxis des Herrn **Dr. med. Langhoff** übernommen.  
**Dr. med. Wilhelm Ortloph**

**Hotel z. Casino Zeith.-Lager.**  
Morgen Donnerstag **Mosifest** und **Dielentanz**.  
Empfehle gegen Nachnahme die beliebte **Weide-Tafelbutter**  
a. St. je Pfund in Volkskörbchen von **90 Pfg.** 9 Pfd. (auf Wunsch 1/2 St. Stück)  
**J. Gultack, Heydekrug (Memelland)**

**Solide Bedienung**  
(25 J.) sucht sof. Stellung. Angebote unter B 2641 an das Tageblatt Riesa.  
**Schreibergarten**  
a. d. Bismarckstr. abzugeben. Zu erst. im Tagebl. Riesa.  
**Tragende Kuh**  
verkauft Kleinverkauft Nr. 12 bei Ostsch.  
**2 j. starke Schäferhunde**  
zu verk. Staudt Nr. 24.

Western mittag 1/2, 12 Uhr verschied nach schwerem Leiden unsere lieber Mutter, Frau **Wilhelmine Marie Göhne geb. Regel**  
Im tiefsten Weh die trauernden Kinder.  
Röderau, den 27. September 1932.  
Beerdigung Freitag mittag 1/2, 2 Uhr vom Trauerhause aus.

**Gasthof Sabnisbäufen**  
Morg. Donnerstag **Schlachtfest**.  
Von früh 9 Uhr an **Wellfleisch**, später die üblichen Schlachtgerichte. Ergebenst laden ein **G. Köhler und Frau.**

Morgen Donnerstag **Schlachtfest**.  
**W. Knöfel, Hof. Röderau**  
Gelbfleischige **Speise-Kartoffeln**  
autidmehende, haltbare Winterware, lief. preisw.  
**Hauswald, Lindenstraße**  
Nr. 131.

**Gelegenheitskauf**  
Zinshaus in Riesa, nahe Bahnhof, mit Einahrt, gepfl. Hof, 3 Nebengebäude, alles in best. Bauzustande, auch für Handwerker, Händler etc. passend, für 25.000 M. verkäuflich. 5—10.000 M. Anzahlung. Näb. durch den Besitzer **Bruno Schmidt, Dresden-N.**, Bismarckstr. 26. Näher erhalten übliche Gebühr.

**Schlaf- u. Speisezimmer**  
fabrikneu, umständelhalber äußerst billig zu verk. Off. u. T 2618 a. d. Egl. Riesa.  
**Unterb. transport. größ. Zimmer-Füllöfen**  
zu verk. gef. Off. u. T 2639 an das Tageblatt Riesa.  
**Gebr. Küch.-Anrichte** billig zu verk. Off. u. T 2618 a. d. Egl. Riesa.  
**Stutenberg 13, 1.**

**Täglich frische Seefische**  
leb. Karpen u. Schleien.  
**Clemens Bürger.**  
Die Beerdigung des **Helmut Tauscher**  
erfolgt in Riesa morgen Donnerstag nachm. 1/2, 4 Uhr von d. Friedhofshalle aus. Ertl. zugeordnete Blumenpenden erb. Partstr. 1, pt.  
Die heutige Nr. umfasst 10 Seiten.

**Doppelte Rabattmarken!**  
Sie erhalten auf Ihren Einkauf am **Donnerstag, Freitag, Sonnabend** den 29. und 30. Sept. und 1. Oktober 1932 **12% Rabatt**  
Marken-Artikel und Zucker ausgenommen!

**Selbsthilfe**  
das bekannte Haus für preiswerte, frische Lebensmittel.  
**Verkaufsstellen:** Riesa, Bahnhof, Poppitzer Str. 15, Siedlung, Südstr. 10, Goethestr. 40

**KYFFHAUSER TECHNIKUM**  
6. Uhr mit Kette verloren v. Brausig bis Zeithain. Abzugeb. geg. Belohnung Zeithain, Sportpl. 2.  
**Weste Franz Brief leat!**  
Beschlagnahme Nr. 3 u. 4. Jinn. Wohnung. sof. an Herrn. Weiskner Str. 34.  
**Suche Ertl. möbl. Zimmer**  
per sof. Nähe Rosenplatz. Angeb. mit Preis unter A 2640 an das Tageblatt Riesa.  
**Möbl. Zimmer**  
gesucht. Angebote an Rüsthaus Jener.  
**Suche per sofort einige verleihte Bertäuser (innen)**  
mögl. aus Lebensmittelbranche. Feinstschleute bevorzugt. Verkönl. Vorstellung Freitag früh 8 bis 10 Uhr Café Grube, Riesa.  
**Sauberes, jüngeres Hausmädchen**  
gerucht. Stieblers Weinrestaurant, Hauptstr. 41.

gerter  
Eda  
strob  
Anfe  
werde  
bat  
forde  
samte  
reide  
Die  
broch  
wene  
Ferne  
getra  
bestä  
bestä  
fnd  
fnd  
Räum  
fnd.  
und  
die  
Bürg  
Straß  
Wied  
daupt  
wo ab  
niersch  
neurs.  
der B  
S  
der B  
im S  
maßre  
vom S  
die, ä  
Lände  
zum G  
Kreife  
Unter  
brüder  
U  
richten  
der sch  
und d  
hande  
keiten,  
und g  
hebung  
insbe  
Ar b e  
fomme  
spruch  
D  
Stelle  
R e i d  
ringen  
Kraft  
g e n.  
D  
hältnis  
a m i  
leben  
beamt  
würde  
Do  
lungna  
Wirtsh  
zur He  
und R  
gebete  
suchen.  
sches  
vereint  
D  
dient d  
fische  
heit zu  
dent S  
Müchtig  
\*  
schritt  
Verbau  
sächlich  
man ha  
ungün  
sächlich  
Arbeits  
bei der  
jahr  
geringe  
der S  
schuß.  
zeigen.  
Beschl  
Seite  
angaba  
Tiefsta  
einem  
doch im  
Unter  
des W  
wie pl  
sind ge  
nomme  
nehmen  
feiten  
daß der

**Surchtbare Sturm-Katastrophe über Portorico.**

(New York. Ein überaus heftiger Orkan mitete gestern über San Juan (Portorico) und richtete schweren Schaden an. Allem Anschein nach ist diese Sturm-Katastrophe noch bedeutend folgenschwerer, als der letzte große Orkan vor 4 Jahren. Die Verbindungen mit der Insel Portorico konnten bereits wieder aufgenommen werden.

San Juan. (Funkdruck.) Das Tornado-Unglück hat mehr als 200 Tote und über 1000 Verletzte gefordert. Hunderte von Familien sind obdachlos, die gesamte Ernte von Früchten und Kaffee ist vernichtet, zahlreiche Gebäude sind durch den Tornado zerstört worden. Die Verbindungen mit dem Inneren der Insel sind unterbrochen. Die Hauptstadt bietet einen Anblick vollkommener Verwüstung. Die Stadt ist ohne Wasser, Licht und Fernsprechbetrieb. Die Dächer der Lagerhäuser sind fortgetragen, die Warenlager sind durch die Wellenbrüche hart beschädigt. Die Instrumente des meteorologischen Büros sind durch den Sturm weggeweht worden, das Büro selbst ist vollkommen überschwemmt. Die ersten Hilfeleistungen sind von Schulen und Kirchen organisiert worden, deren Räume zu Lagern für die Obdachlosen umgebildet worden sind. Das amerikanische rote Kreuz schickt Acker, Kleider und Medikamente durch ein Kriegsschiff. Ebenso nehmen die Armee und Marine an der Hilfeleistung teil. Auch die Bürgergarde hilft beim Freimachen der hart zerstörten Straßen.

Portorico. (Funkdruck.) Die besonders von dem Wirbelsturm betroffenen Gebiete sind Areibo und Fajardo, hauptsächlich das Gebiet zwischen Fajardo und Carolina, wo alle Städte dem Erdboden gleichgemacht sind. Die Regierungsbüros werden morgen wieder geöffnet sein, als ob nichts geschehen wäre, gemäß dem Wunsch des Gouverneurs, der die Meinung geäußert hat, daß man sich nicht der Verzweiflung hingeben dürfe.

Santo Domingo. (Funkdruck.) Der Wirbelsturm, der Portorico verheert hat, hat jetzt Sanpedro de Macoris im Süden der Insel Santo heimgesucht. Alle Vorichtsmaßnahmen sind dort ergriffen worden.

**Schied beim Reichkanzler.**

Dresden, 28. September.

Der sächsische Ministerpräsident Schied ist am Dienstag vom Reichkanzler zu einer Besprechung empfangen worden, die ähnlich wie die vorangegangenen Besuche süddeutscher Ländervertreter, die finanziellen Schwierigkeiten der Länder zum Gegenstand gehabt haben dürfte. Wie in politischen Kreisen verlautet, kann angenommen werden, daß in der Unterredung eine Einigung über die Mittel für die Ueberbrückung dieser Schwierigkeiten erreicht worden ist.

Ueber die Besprechungen erfahren die „Dresdner Nachrichten“ weiter, daß es sich neben der eingehenden Darlegung der schwierigen Verhältnisse, in denen sich der Sächsische Staat und die sächsische Wirtschaft befinden, vor allem darum gehandelt hat, das Verständnis des Reiches für die Schwierigkeiten, mit denen gerade Sachsen zu kämpfen hat, zu wecken und zu vertiefen. Die Folgerungen, die das Reich zur Behebung der sächsischen Notlage zu ziehen haben wird und die insbesondere bei der Vergütung der Aufträge aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm zum Ausdruck kommen sollen, werden naturgemäß erst für die nächste Zeit spruchreif werden.

Die sächsischen Herren konnten, wie wir an unterrichteter Stelle hören, immerhin den Eindruck gewinnen, daß die Reichsregierung für die Nöte, mit denen Sachsen zu ringen hat, Verständnis aufbringen und im Rahmen ihrer Kraft bestrebt sein will, für eine Milderung zu sorgen.

Der sächsische Ministerpräsident hat auch auf die Verhältnisse hingewiesen, unter denen die sächsischen Beamten, sowohl Staats- als auch Gemeindebeamten, zu leben genötigt sind und hat dabei bemerkt, daß die Reichsbeamten in den entsprechenden Gehaltsstufen besser bezahlt würden als die sächsischen Beamten.

Damit der Reichskanzler an Ort und Stelle — durch Führungnahme mit den führenden Persönlichkeiten der sächsischen Wirtschaft — einen lebendigen Eindruck gewinnt, und auch zur Herstellung eines engeren Verhältnisses zwischen Sachsen und Reich, hat Ministerpräsident Schied Herrn von Papen gebeten, auch einmal die sächsische Hauptstadt Dresden aufzusuchen. Der Reichskanzler hat die Erfüllung dieses Wunsches grundsätzlich zugesagt. Ein Termin konnte noch nicht vereinbart werden.

Der Herstellung engerer Beziehungen dient der Befuch infolgedessen, als beide Herren, sowohl der sächsische Ministerpräsident als auch der Reichskanzler, Gelegenheit zu einer eingehenden Aussprache hatten; Ministerpräsident Schied kannte den Reichskanzler von Papen bisher nur flüchtig.

**Tiefpunkt überschritten?**

Dresden. Unter der Ueberschrift „Tiefpunkt überschritten?“ schreibt die Sächsische Industrie, das Organ des Verbandes Sächsischer Industrieller, zur Lage u. a.: Die sächsischen Konjunkturzahlen für August geblieben, so sehr man sich vor der Tatsache, daß sie absolut betrachtet noch sehr ungünstig liegen, nicht verschließen darf, eine etwas zurechtstufende Beurteilung der Lage als bisher. Die Zahl der Arbeitslosen ist zurückgegangen, die der Waagengesellschaften bei der Reichsbahn im Juli/August im Gegensatz zum Vorjahre gewachsen. Der Güterverkehr zeigt eine, wenn auch geringe Zunahme. Zu beachten ist ferner das Anwachsen der Sparanlagen und der eingetretene Einzahlungsüberschuss. Nimmt man hinzu, daß die Betriebsstilllegungsanzeigen, Konturle, Vergleichsverfahren sowie die Zahl der Wechselproteste weiter abnehmen, so scheint sich auch von der Seite der Kreditwürdigkeit her eine Wandlung zum Besseren anzubahnen. Wenn man auch angesichts des ungeheueren Tiefstandes der Wirtschaft diese Anzeichen noch nicht mit einem grundlegenden Wandel gleichsetzen kann, so bieten sie doch im trüben Bilde der Wirtschaftslage gewisse Lichtpunkte. Unter diesem Gesichtspunkte erscheint auch der Zeitpunkt des Programms der Reichsregierung konjunkturpolitisch wie psychologisch richtig gewählt. Und wenn die in Aussicht genommenen Maßnahmen tatkräftig in Angriff genommen und von der wirtschaftlichen Seite her durch Wahrnehmung der sich aus dem Programm ergebenden Möglichkeiten unterstützt werden, darf man zur Annahme kommen, daß der Tiefpunkt der Krise als überwunden gelten kann.

**Schreckliche Folgen eines schweren Erdbebens.**

Athen. Nach einer Meldung aus Saloniki wurden in Thessalien, Mazedonien und Thracien starke Erdstöße verspürt. In mehreren Dörfern stürzten Häuser ein.

Athen. Nach neueren Nachrichten aus Saloniki hat das Erdbeben in Chalcidice 120 Tote gefordert. Die Zahl der Verwundeten wird auf 500 geschätzt. Besonders betroffen wurden die Dörfer Jerissos, Stratoni und Nea Roda. Die Bewohner wurden von panischem Schrecken ergriffen. Sanitätskolonnen und Ölsmannschaften sind nach dem zerstörten Gebiet abgegangen.

Athen. Etwa 15 Ortschaften an der Küste von Chalcidice sind durch das Erdbeben beinahe völlig zerstört. Die Einwohner wurden während des Schlafes von der Katastrophe überrascht, was die hohe Zahl der Opfer erklären dürfte.

Athen. (Funkdruck.) Fortwährend laufen noch schreckliche Einzelheiten von dem Erdbebenunglück von Chalcidice ein. 23 Ortschaften sind schwer beschädigt. Die Verbindungen zum Berg Athos sind unterbrochen. Ueber das Schicksal des historischen Klosters ist man noch im Ungewissen.

**Eine Antwort des Reichskanzlers an Herriot.**

Berlin, 28. September.

Reichskanzler von Papen antwortete einem Pressevertreter auf dessen Frage, ob er, der Reichskanzler, in der Sonntagrede des französischen Ministerpräsidenten eine Forderung der Abrüstungsdiskussion erblicke: „Leider muß ich dies verneinen. Ich sehe darin nur eine neue Er schwerung jeder Verständigung und eine Befestigung der völlig negativen Auslegung der französischen Note vom 11. September.“

Es handelt sich nicht um die deutsche Abrüstung, sondern um die Einföhrung des Abrüstungsversprechens der anderen Mächte.

Von deutscher Aufrüstung ist keine Rede, sondern von deutscher Gleichberechtigung und der gleichen Behandlung Deutschlands auf der Abrüstungskonferenz.

Die Abrüstungskonferenz ist ohne Vorbehalt hinsichtlich der deutschen Gleichstellung einberufen und eröffnet worden. Deutschland ist vor sechs Jahren ohne Vorbehalt hinsichtlich seiner Gleichberechtigung in den Völkerverbund aufgenommen worden, und selbst in Versailles, wo die Siegermächte sich nicht scheuten, Deutschland die unerhörtesten Bedingungen aufzuerlegen, hat niemand die ständige Disqualifizierung Deutschlands auf militärischem Gebiet zu fordern gewagt. Jetzt soll die Entwürdigung des letzten Jahrzehnts, die auf Normierung der zwischenstaatlichen Beziehungen hinarbeitet, rückwärts revidiert und Deutschland der Status eines Volkes minderen Rechtes auferlegt werden; das können wir natürlich nicht hinnehmen.

Auch der Ausgangspunkt der jetzigen Erörterung ist verkehrt worden. Niemand hat die Zeitpunkte für die Erörterung dieser Frage gewählt, vielmehr hat die Konferenz gegen unseren Willen Beschlüsse gefaßt, die die Frage der deutschen Gleichberechtigung akut werden lassen. Die Frage, die sich gestellt hat und die weder in der französischen noch in der englischen Meinungsäußerung bisher beantwortet worden ist, lautet: Welche Anwendung finden die Beschlüsse der Abrüstungskonferenz auf Deutschland? Wir verlangen selbstredend, daß die Abrüstungskonvention, auf die die Welt schon so lange hat warten müssen, auf uns ebenso anwendbar sei wie auf alle anderen Staaten.

Unsere praktischen Forderungen, die sehr zu Unrecht als Aufrüstung verächtigt werden, besagen nichts anderes, als daß wir — selbstverständlich im Rahmen der Konvention — dieselbe Freiheit der Anpassung unserer Rüstungen an unsere sozialen und nationalen Bedürfnisse verlangen, die jedem anderen Staat zusteht. Das Recht auf Verteidigung aber hat uns niemand absperehen können und wollen — auch Herr Herriot nicht. Daß wir dieses Grundrecht jedes Volkes ausüben können, darin gipfeln die Forderungen, die nicht nur der für die Landesverteidigung verantwortliche Minister, sondern die gesamte Reichsregierung einmütig erhoben hat.

Immer wieder haben wir erklärt, daß uns jede Rüstungsbeschränkung recht ist, wenn sie nur auf alle ausgedehnt wird, und daß uns in keiner Hinsicht die Abrüstungskonvention zu weit gehen kann. Die Rede von Gramat beweis aber von neuem, daß man gewillt ist, mit zweierlei Maß zu messen. Trotz ihres geringen Umfanges soll die Reichswehr als Angriffswehr gelten.

Auf die juristische Argumentation der französischen und der englischen Regierung will ich nicht eingehen,

weil sie mir ganz unhaltbar erscheint. Wir begründen unseren Anspruch nicht zuletzt auf den Artikel 8 der Völkerverbundsatzung.

Wenn der französische Ministerpräsident sich beklagt, daß man Kindern die Kunst des Tötens lehre, überließe er völlig, daß gerade in Frankreich die militärische Jugendvorbereitung seit Jahren im großen Stil betrieben wird, und daß der Gegenentwurf dafür einen wesentlichen Bestandteil der französischen Heeresreform darstellt.

Demgegenüber ist festzustellen, daß die sportliche Erziehung der deutschen Jugend gemäß der Verordnung vom 13. September keinerlei militärischen Charakter trägt und lediglich die sportliche Fortbildung und das kameradschaftliche Zusammenleben bezweckt.

Frankreich hat gewiß einige Jahre nach dem Kriege seine Feldarmee demobilisiert. Was sonst in dieser Hinsicht geschah, ist weit weniger eine Abrüstung, als eine Umrüstung, die das Schwergewicht der französischen Heeresmacht in die Reserven und in das Material verlegt. Zeugt es etwa von Abrüstung, daß die französischen Militärausgaben in sechs Jahren um 100 Prozent gestiegen sind? Jeder Vergleich ist irreführend, der nicht berücksichtigt, daß Deutschland keinerlei mobilisierbare Reserven besitzt. Keine Aufstellung der französischen Heeresstärke kann als zurechtend angesehen werden, die die vielen tausend schwerer Geschütze, Tanks, Flugzeug usw. verschweigt.

Was wir fordern, ist niemals Aufrüstung auf den Rüstungsstand unserer Nachbarn, sondern Abrüstung in ganz Europa und in der Welt sowie Gleichbehandlung Deutschlands in den Methoden der Abrüstung und in der Bewertung der Rüstungsfaktoren. Nur die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung kann die Entspannung zwischen den Völkern herbeiführen, die wir alle erstreben; sie ist die Grundlage des Friedens und jener moralischen Abrüstung, von der so oft gesprochen wurde.

Frankreichs Ministerpräsident beklagt sich zu Unrecht über Deutschlands Undank. Sollen wir etwa Dank sagen für einen Ausfuhrüberschuß, den uns der Handelsvertrag in Auswirkung der Weltwirtschaftskrisen gebracht hat? Und der heute noch nicht einmal den französischen Ausfuhrüberschuß nach Deutschland wettmacht, dem die ersten Jahre nach Abschluß dieses selben Handelsvertrages Frankreich brachten, wenn man die Reparationslieferungen abzieht, für die wirklich niemand von Deutschland Dankprüche erwarten kann.

Dank für die Schuldenrettung wäre am Platz gewesen, wenn diese vor einem Jahr erfolgt und der großzügige Notatoriumsvorschlag des Präsidenten Hoover zur vollen Auswirkung gegenüber der Weltkrisis gelangt wäre. Auch Deutschland hat niemand für das Opfer der drei Milliarden gedankt, das es der Verständigung, der internationalen Zusammenarbeit und dem europäischen Wiederaufbau gebracht hat. Dank für die Rheinlandräumung kann nur verlangen, wer sich keine Vorstellung von den Leiden der deutschen Bevölkerung unter dem Regime einer feindlichen Besatzung machen kann.

Deutschland hat selbst abgerüstet und geduldig zwölf Jahre gewartet, bis endlich die allgemeine Abrüstungskonferenz zusammentrat. Es kann nicht zusehen, daß aus dieser Konferenz der Sinn der Abrüstung verächtigt wird, indem die Rüstungsmomente eine unnahbare Bewertung erfahren und die einzelnen Staaten mit zweierlei Maß gemessen werden. Wir verlangen keine Erhöhung unseres Rüstungsniweaus, sondern Abrüstung der anderen nach den gleichen Methoden, die für uns gelten sollen.

**Die Gentung der landwirtschaftlichen Realcreditzinsen.**

Berlin. In Ergänzung der gestrigen Ausführungen des Reichsernährungsministers über die Zinsentfaltung für die Landwirtschaft wird von zuständiger Seite darauf hingewiesen, daß die von der Reichsregierung vorgeschlagenen und vom Reichspräsidenten gebilligten Maßnahmen der Notlage der Landwirtschaft in der Hauptsache auf drei verschiedenen Wegen abzuwehren versuchen. Erstens durch eine Erleichterung der Zinslast der Landwirtschaft, zweitens durch die Förderung von Vergleichen zwischen landwirtschaftlichen Schuldnern und ihren Gläubigern und drittens durch eine Ausgestaltung des bestehenden Vollstreckungsschutzes.

Der Weg einer individuellen Herabsetzung der Zinslast durch spezielle Vereinbarungen zwischen Gläubigern und Schuldnern hätte, wie die Erfahrungen bei der Durchführung der Dürhilfe gezeigt haben, zu einem langandauernden Schwebegeduld geführt, der auch für die Gläubigerkreise noch schwerer erträglich gewesen wäre, als eine alsbald wirksam werdende feste Regelung. Ausgenommen von den Zinsermäßigungen sind — entsprechend der Bräunischen Notverordnung — diejenigen landwirtschaftlichen Hypotheken, die als Deckung für die im Ausland begebenen Schuldverschreibungen dienen, sowie die Auswertungshypotheken, die nicht Tilgungshypotheken sind.

Die Reichsregierung wird namentlich denjenigen Grundkreditanstalten, bei denen die Deckung durch landwirtschaftliche Hypotheken über 10 Prozent hinausgeht, die Beträge vorlegen, für die das Reich dabei selbst durch den Anspruch auf die später eingehenden Zinsbezüge gesichert ist. Die nötigen Beträge werden in den Haushaltsvoranschlägen von 1935 bis 1937 eingestellt werden. Da die landwirtschaftlichen Hypotheken insgesamt 2,2 Milliarden betragen, bedeutet der Zinsverlust von 2 Prozent pro Jahr 64 Millionen.

Bei der Zinsermäßigung besteht das Bestreben, in die Renten der Gläubiger nicht weiter einzugreifen, als es durch die gegenwärtigen Zahlungsschwierigkeiten der Landwirtschaft geboten ist. Die Erleichterungen im landwirtschaftlichen Vergleichsverfahren (Vermittlungsverfahren) sollen auf die Weise geschaffen werden, daß eine vom Schuldner benannte Vermittlungsperson, die der Vertätigung durch das zuständige Gericht bedarf, auf einen Vergleich hinarbeiten soll. Hauptzweck ist es, innerhalb der vorgesehene drei Monate den Schuldner vom Zugriff der Gläubiger zu verschonen. Das Vergleichsverfahren findet nicht Anwendung bei demjenigen Betrieben, die sich unter den Schutz der Dürhilfe begeben haben.

**Die Notverordnung über die Zinsentung und den Vollstreckungsschutz vom Reichspräsidenten unterzeichnet.**

Berlin. Der Reichspräsident hat am Dienstag abend die in der Rede des Reichsernährungsministers Freiherrn von Braun am Montag in München angekündigten Notverordnungen über die Zinsentung für landwirtschaftliche Hypothekenzinsen und über das Vermittlungsverfahren für die Landwirtschaft und den verstärkten Vollstreckungsschutz unterzeichnet. Damit ist der erste Teil des Agrarprogramms der Regierung in die Tat umgesetzt. Die Konzentrierung wird auf dem Wege einer Verordnung erfolgen, die voraussichtlich erst in zehn bis vierzehn Tagen erlassen werden wird, nachdem die Verhandlungen des Ministerialrats Walter mit den ausländischen Regierungen abgeschlossen sind. Die beiden Notverordnungen über die Zinsentung und den Vollstreckungsschutz werden im Laufe des Mittwoch veröffentlicht werden.



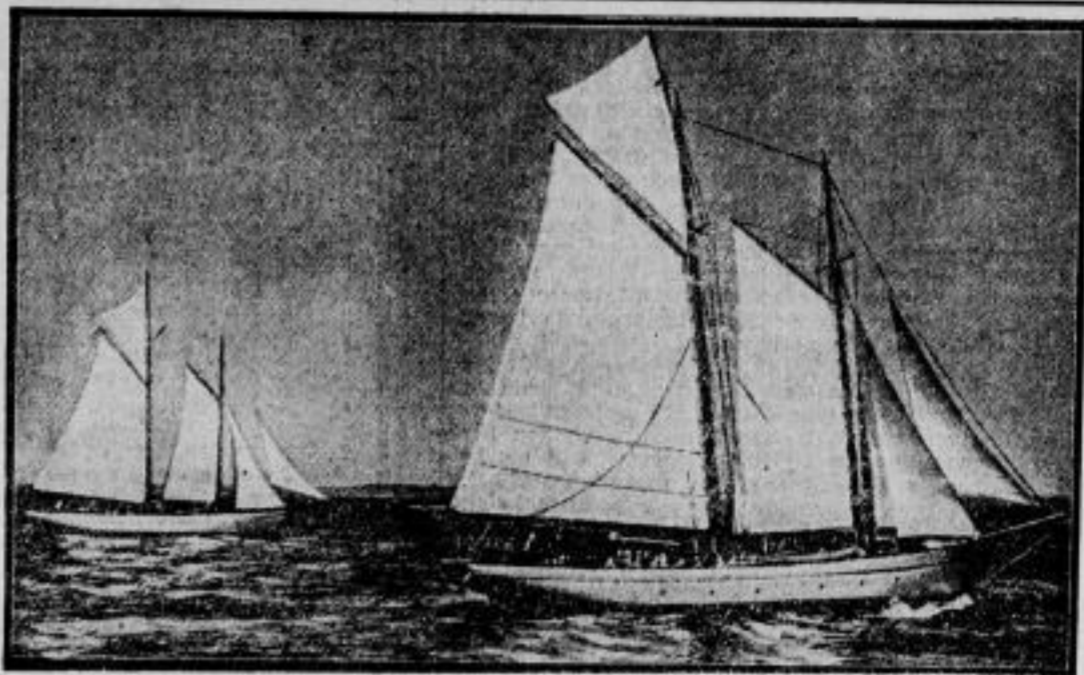








Ein neues Schulfach: Gurgelkunde! In einer Berliner Schule ist versuchsweise eine praktische Hygienekunde in den Lehrplan aufgenommen worden: die Kinder lernen hier Mundspülen, Zähneputzen, Gurgeln, Hände und Nägel pflegen, richtig atmen — also die Grundbegriffe der Körperpflege und der Hygiene.



Der vorläufige Erfolg für die „Niobe“. Die Reichsmarine hat beschlossen, das untergegangene Segelschiff „Niobe“ zunächst durch zwei kleinere Segelschiffe zu ersetzen, damit die seemannische Ausbildung des inländischen durch Neueinstellungen ergänzten Jahrgangs 1932 der Seefahrer keine Unterbrechung erleidet. Durch die Marineleitung sind zu diesem Zwecke die beiden hier abgebildeten Schulschoner „Edith“ und „Julia“ gewartet worden.

Bilder rechts:

Zum Präsidenten der Völkerbundversammlung, die jetzt zusammengetreten ist, wurde der ehemalige griechische Ministerpräsident und gegenwärtige Gesandte in Paris, Nicolaos Politis, gewählt.

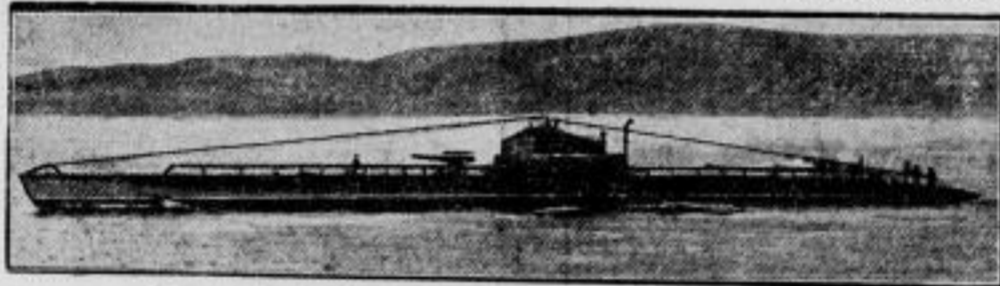
Mit der Pfand-Medaille ausgezeichnet wurde der Berliner Physiker Professor Doktor Max von Laue, der bereits im Jahre 1914 den Nobel-Preis für Physik erhalten hat.

Bilder darunter:

Die Tempelgrabungen bei Trier abgeschlossen. Die letzten wissenschaftlich interessanten Grabungen, die das Archäologische Reichsinstitut unternommen hat, sind die Trierer Tempelgrabungen bei Altbachhafen, die jetzt abgeschlossen sind. Hier hat man wertvolle Funde aus der Römerzeitutage gefördert, von denen wir hier zwei besonders schöne Stücke wiedergeben: (links) die Skulptur eines tiergestaltigen Wassergottes und (rechts) eine thronende Göttin.

Deutscher Autobus bei Amsterdam verunglückt. Zwei Deutsche tot!

Ein Autobus, der regelmäßig Vergnügungsfahrten von Bottrop in Westfalen nach Holland durchführt, verunglückte in Laren bei Amsterdam. Der vollbesetzte Kraftwagen fuhr an einer Wegkreuzung in voller Fahrt in eine elektrische Vorortbahn — zwei Tote und 23 Verletzte wurden aus den Trümmern des umgestürzten und fast vollständig zertrümmerten deutschen Autobus geborgen.



„Prinzessin Lumpi“

Roman von Erich Ebenstein.

22. Fortsetzung Nachdruck verboten Aber nichts dergleichen zeigte sich. Die kleine Treppe führte nur zu einem ausgemauerten Gang, der nach kurzer Zeit in einer Felshöhle mündete. Die Höhle war dunkel, denn vor ihrem Eingang standen Holunderbäume und von oben hing ein dichter Vorhang von Klematisranken herab. Als sich Anneliese mühsam durchgearbeitet hatte, stand sie zu ihrer Überraschung vor dem Schloß, unweit des Haupttores.

Seitdem hatte sie den geheimen Weg nie mehr betreten, weil die Stufen feucht und schlüpfrig waren und es von Arden und Salamandern in dem Gang wimmelte. Aber nun sollte dies ihr Weg ins Dornröschenschloß sein. Sie würde Sand und Sägespäne auf die Treppe streuen und das Getöse durch Licht und Lärm verschleppen, wenn es nicht ohnehin schon vor Lumpi Reihhaus nahm.

24.

Eine Reihe von schönen, warmen Tagen folgte, die Anneliese natürlich nicht daheim verbrachte, sondern im Dornröschenschloß verlebte.

Sie war ganz glücklich, nun wieder mit Lumpi die Tage dort verbringen zu können und das Blühen und Wachsen so recht aus ganzer Seele mitzugenießen. Aber sie sollte nicht mehr so viel und närrisch mit dem Viebling herum.

Ein neues, bisher unbekanntes Vergnügen übte seinen Zauber auf Anneliese aus: Das Lesen!

Nie zuvor hatte sie sich um Bücher gekümmert. Befehlende Bücher waren ihr langweilig und andere konnte sie nicht. Aber in diesem Winter, wo sie so viel bei Lorinsers war, weckte Frau Theobeth Annelieses Interesse dafür. Sie tat es mit Bedacht, da sie fand, wenn Anneliese noch einsamer und abgeschlossener werdendes Leben ihr schon die Kenntnis alles dessen, was Menschen bewegte, so sollte sie wenigstens durch gute Bücher eine Vorkellung davon bekommen.

Da Anneliese so gar keine Anlage zur Ueberspanntheit besaß, war ja nicht zu fürchten, daß ihr das Romanlesen etwa den Kopf verdrehen könnte.

Und Annelieses Wesen kam der gutgemeinten Absicht ihrer mütterlichen Freundin nur zu gerne entgegen. Sie fand sich schon nach den ersten Büchern in eine neue, andere und schönere Welt versetzt. Kein Wunder also, daß diesmal auch Bücher mit ins Dornröschenschloß geschafft wurden.

Anneliese erinnerte sich daran, daß im Oberstock von Helberried eine kleine Bibliothek untergebracht war, um die sie sich bisher zwar nie gekümmert hatte, die sie jetzt aber um so eifriger nach Lesevorrat für ihr Dornröschenschloß durchstöberte. Sie fand allerlei, was sie anzog. Paul Heyse, Ganghofer, Gottfried Keller und Scheffel.

Und so sah sie denn eines Tages Anfang Mai ganz vertieft im „Schloß Hubertus“ oben im „Büchensaal“ und war so ganz erfüllt von Entzücken über ihre Letztüre, daß sie weder auf das Rauschen in den Büschen, noch auf den Vogelgesang oder den würzigen Duft der Nadelbäume ringsum achtete.

Lumpi lag langausgestreckt zu ihren Füßen und schlief. Aber plötzlich hob er das Köpfchen, nahm eine gespannte Miene an und knurrte.

„Gib Ruh“, fuhr ihn Anneliese ärgerlich an, denn sie war gerade bei einer besonders schönen Stelle des Buches.

Aber Lumpi gab nicht Ruhe, sondern knurrte weiter, wobei er aufstand und sich streckte. Im nächsten Augenblick lagte er zornig bellend davon in der Richtung des Schloßhofes.

Während klappte Anneliese das Buch zu.

„Der dumme Hund! Was er nur haben mag? Jetzt kann ich, statt zu lesen, Lumpi suchen gehen. Wer weiß, wohin er sich sonst verläuft!“

Langsam stieg sie zum Schloß hinab. Sie hörte sein Bel-len aber merkwürdig gedämpft. Im Schloßhof angelangt, blieb Anneliese vor Ueberraschung mit offenem Mund stehen!

Ja, was war denn das? Das versperrte, große Eingangstor stand sperrangelweit offen und desgleichen das Schloßtor selbst. Im Innern des Gebäudes aber hörte man Lumpi in den Tönen zornigster Entrüstung bellend!

Es mußte also jemand gekommen sein, der unbegreiflicher Weise den Schlüssel zum Eingangstor besaß und Lumpi vor dem Eindringling offenbar ins Innere des Schloßes gefolgt.

Anneliese überlegte nicht lange. Wer immer auch gekommen sein mochte, ein frecher und unberechtigter Eindringling war es bestimmt, denn das Schloß war ja längst herrenloses Gut!

Also ihm nach und ihm ordentlich die Leviten gelesen, daß er sich stehenden Fußes wieder trollte...

Dabei stürzte Anneliese schon, zwei Stufen auf einmal nehmend, die Treppe empor.

In den ersten Zimmern war niemand. Aber als sie den großen Saal betrat, stand da an der offenen Balkontür eine Männergestalt und blickte hinab in den verwilderten Park.

Anneliese sah nur den Rücken und das Profil eines von der Sonne beleuchteten, scharfgeschnittenen Männerkopfes mit kurzgeschnittem, dunkelblondem Haar.

„Sie — Herr! Was tun Sie hier und wer hat Ihnen erlaubt, einzudringen?“ sagte sie scharf, Lumpi, der immer noch wie rasend kläffte, durch eine Handbewegung Schweigen gebietend.

Der Fremde wandte sich rasch um — und im nächsten Augenblick erstarrte beiden das Wort im Munde, so daß sie einander nur in stummer Betroffenheit anstarrten.

Denn Anneliese erkannte in dem Fremden den glattrasteten Herrn mit dem braunen Gesicht, aus dem die grauen Augen seltsam hell und sternartig strahlten, dessen Blick sie einst im Cafe Redhuhn so in Verwirrung gesetzt hatte. Und er erkannte in ihr die junge Dame, die seine Gedanken lange beschäftigt und die er vergebens wiederzusehen getrachtet hatte.

Indes sagte er sich rasch und schritt Anneliese entgegen. Sie höflich verbeugend, sagte er halb scherzend, halb ernsthaft:

„Mein gnädiges Fräulein“ — er sprach sie unwillkürlich so an, denn sie erschien ihm heute in der Nähe und bei hellem Tageslicht entschieden als unverheiratet — „ich bedaure sehr, daß ich durch meine Anwesenheit in Fichtenberg Ihren Jörn erreue, aber — Sie selbst sind ja auch hier!“

